

N i e d e r s c h r i f t

**der 26. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 25.10.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Wolfgang Kupke	CDU	ab 17:45 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	bis 19:30 Uhr
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linke	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linke	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Thomas Wünsch	SKE	bis 19:15 Uhr
Herr Christian Anton	SKE	
Herr Hubert Leuschner	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	bis 17:45 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	vertreten durch Herrn Dr. Harald Bartl bis bis 18:45 Uhr
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linke	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	

Verwaltung:

Herr Eberhard Doege
Frau Gudrun Beitz
Frau Uta Balleyer
Herr Dr. Ernst Müllers
Frau Rita Lachky
Herr Wolfgang Hans

Gäste:

Frau Katharina Becker	- Controllerin GB III – zu TOP 4.1 und 4.2
Frau Kerstin Schmidt	- Ressortleiterin FB 32
Herr Hans-Jürgen Winkler	- Teamleiter Marktwesen FB 32
Frau Manuela Hossbach	- Teamkoordinatorin Service FB 32 – zu TOP 4.1 und 4.2
Herr Detlef Wagner	- Teamkoordinator UNB FB 31
Herr Steffen Johannemann	- Ressortleiter FB 31
Frau Dr. Schwarzer	- Ressortleiterin Gesundh. Verbraucherschutz, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung
Frau Ulrike Neubert	- Teamleiterin Grünordnung/Landschaftsplanung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 13.09.2007
4. Vorlagen
 - 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2006
Vorlage: IV/2007/06692
 - 4.2. Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06450
 - 4.3. Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Wochenmärkte und der Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte und andere Sonderveranstaltungen der Stadt Halle (Saale) (Marktgebührensatzung)
Vorlage: IV/2007/06731
5. Anträge
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Herr Wehrich bat, die Tischvorlage „Änderung der HH-Stelle im UA 1150 – Bürgerservice“ als TOP 4.1 in die Tagesordnung aufzunehmen. Alle anderen Punkte verschieben sich in der Nummerierung damit.

Herr Misch stellte den Antrag, die Marktgebührensatzung wegen Unzuständigkeit von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Doege informierte über den Zusammenhang zwischen Marktordnung und Marktgebührensatzung.

Frau Krischok stellte den Antrag, unter den TOP Mitteilungen über die Marktgebührensatzung zu informieren.

Zum **Antrag des Herrn Misch**, dass sich der Ausschuss für unzuständig erklärt, die Marktgebührensatzung zu behandeln erfolgte eine

Abstimmung: 6 Ja-Stimmen
einstimmig zugestimmt.

Der **Antrag von Frau Krischok**, unter dem TOP Mitteilungen die Ausschussmitglieder über die Marktgebührensatzung zu informieren, wurde mit

4 Ja-Stimmen
angenommen.

Nachfolgende Tagesordnung wurde einstimmig angenommen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 13.09.2007
4. Vorlagen

- 4.1. Änderung der HH-Stelle im UA 1150 - Bürgerservice
- 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2006
Vorlage: IV/2007/06692
- 4.3. Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06450
5. Anträge
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 13.09.2007

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 4 Vorlagen

- zu 4.1 Änderung der HH-Stelle von 1.1150.551 000 auf 1.1150.550 100 -
Bürgerservice
Vorlage: IV/2007/06809**
-

Protokoll:

Frau Becker begründete die Vorlage.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen

einstimmig angenommen.

**zu 4.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008,
sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2006
Vorlage: IV/2007/06692**

Protokoll:

In seinen einleitenden Ausführungen ging **Herr Doege** auf den bereits vom Stadtrat beschlossenen Eckwertebeschluss ein. Der GB III habe seine Vorgaben insgesamt um 500.000 € unterschritten. Da in anderen zum GB III gehörenden Fachbereichen ein Aufwuchs zu verzeichnen war, musste dieser innerhalb des Geschäftsbereiches ausgeglichen werden. Ansonsten hätten die für diesen Ausschuss relevanten Fachbereiche eine Einsparung von insgesamt 800.000 €.

Zum Vorschlag von **Herrn Doege**, dass nur die Diskussionsbeiträge in der Niederschrift festgehalten werden, wo es Arbeitsaufträge an die Verwaltung gibt, gab es keine Einwände.

Herr Misch bat um eine Übersicht der im Geschäftsbereich befindlichen Fahrzeuge, aufgliedert nach Alter, Reparaturkosten und Laufzeiten. Ausgenommen sind die Fahrzeuge des Rettungsdienstes. Diese Übersicht möchte er für die Sitzung des Finanzausschusses am 06.11.07 vorgelegt haben.

Im Zusammenhang mit der Frage von **Herrn Wehrich**, was unter „Beschaffung von Feldkochherden für den Betreuungszug Katastrophenschutz“ (HH-Stelle 2.1400.035300.002) zu verstehen sei, stellte **Herr Doege** einen Änderungsantrag. Die Mittel in Höhe von 150.000 € sollen als Eigenmittel verwandt werden für die Anschaffung eines Abrollbehälters und eines Wechselladerfahrzeuges zur Errichtung eines Verbandsplatzes bei Massenankunft von Verletzten und Erkrankten. Dafür seien Fördermittel in Höhe von 450.000 € avisiert worden.

Somit ergibt sich nachfolgende Veränderung.

Alt: HHSt 2.1400.935300.002
Ausgaben: 150.000 €
Einnahmen: 0 € Eigenmittel 150.000 €

Neu: HHSt 2.1400.935300.002
Ausgaben: 600.000 €
Einnahmen: 450.000 € Eigenmittel 150.000 €

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

Sodann erfolgte über die einzelnen Haushaltsbestandteile eine getrennte Abstimmung.

Verwaltungshaushalt

Die Abstimmung erfolgte einschließlich des Antrages der Verwaltung auf Änderung der HH-Stelle im UA 1150 – Bürgerservice.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

Vermögenshaushalt

In die Abstimmung war einbezogen der Änderungsantrag der Verwaltung zur HH-Stelle 2.1400.935300.002.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

Mittelfristige Finanzplanung

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

Haushaltskonsolidierung

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

zu 4.3 Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2007/06450

Protokoll:

Herr Doege begründete den Entwurf und informierte über eine Vielzahl von Reaktionen aus der Öffentlichkeit, führte ausführliche Gespräche in den Fraktionen sowie verwaltungsinterne Gespräche mit Vertretern der Tierschutzverbände. Bei Letzterem gab es aus der Sicht der anwesenden Vertreter der Verwaltung eine einvernehmliche Regelung.

Auf Empfehlung von **Herrn Wehrich** erfolgte die Behandlung der Vorlage paragraphenweise.

Herr Misch ist der Ansicht, dass im § 5 das Wort „Verwünschungen“ durch „Beleidigungen“ ersetzt werden sollte.

Herr Dr. Müllers teilte mit, dass es sich bei „Verwünschungen“ um einen sachnahen Ausdruck handele, der beibehalten werden solle.

Herr Wehrich stellte zum § 15 einen Änderungsantrag und begründete diesen.

Änderungsantrag:

Auf öffentlichen Straßen, in öffentlichen Anlagen und in öffentlichen Einrichtungen ist es unbeschadet des § 118 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten verboten, sich zum Konsum von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln nieder zu lassen, wenn die Gefahr besteht, dass andere Personen oder die Allgemeinheit insbesondere durch Anpöbeln, Beschimpfungen, Erbrechen, Notdurftverrichtungen, Behindern des Fahrzeug- und Fußgängerverkehrs, Singen, Johlen, Schreiben oder anderes Lärmen, Liegelassen von Flaschen oder ähnlichen Behältnissen belästigt oder gefährdet werden.

Zum Antrag äußerten sich Herr Dr. Rürup, Herr Leuschner, Herr Misch und Herr Kupke.

Herr Schiller stellte im Auftrag seiner Fraktion den **Antrag**, den § 15 zu streichen und begründete dies.

Dem **Geschäftsordnungsantrag von Herrn Zeidler** auf Abschluss der Diskussion zum §15 wurde mit
7 Ja-Stimmen
zugestimmt.

Der Antrag von Herrn Schiller auf Streichung des § 15 wurde mit

4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

angenommen. Somit hatte sich der Änderungsantrag von Herrn Wehrich erledigt.

Herr Doege teilte mit, dass die Verwaltung bei der jetzt vorliegenden Fassung bleiben werde; denn die Stadt habe die Konflikte auszuhalten.

Unter Bezugnahme auf den § 11 teilte **Herr Fiedler** mit, dass der Vorschlag seiner Fraktion, dass unter Regie der drei Tierschutzvereine Futterplätze erlaubt sind, nicht beachtet wurde.

Herr Doege verwies noch einmal auf die Beratungen in den Fraktionen und das Gespräch mit den Tierschutzvereinen. Demgemäß wurde versucht, gemeinsam mit den Tierschutzvereinen einen Weg zu finden für organisierte und betreute Futterplätze. Eine Zusammenarbeit zwischen den Tierschutzvereinen und der Amtstierärztin gebe es bereits. Die bereits bestehenden Kastrationsvereinbarungen zwischen Verwaltung und Vereine sollen mit dem Betreuungsaspekt für die Futterstellen ergänzt werden. Dem öffentlichen Interesse entspreche damit die Stadt.

Herrn Dr. Bernhardt das Rederecht zu erteilen, wurde mit
5 Ja-Stimmen
zugestimmt.

Herr Dr. Bernhardt äußerte sich aus der Sicht der Tierschutzvereine und übergab 2000 Unterschriften für die Einrichtung von Futterstellen. Er bezog sich auf das mit der Verwaltung geführte Gespräch und teilte mit, dass es eine mögliche Einigung gegeben habe, die aber nicht schriftlich fixiert worden sei. Er möchte, dass in die Gefahrenverordnung eine Ausnahmeregelung für die Futterstellen explizit aufgenommen wird. Eine Ausnahmeregelung zu den Singvögel gebe es ja auch. Er sei sich auch nicht sicher, dass bei Personalwechsel in der Verwaltung sich an den Verabredungen gehalten werde.

Herr Schiller verwies auf einen Zusammenhang zwischen den §§ 11 und 14 und gab u. a. die Anregung, die Müllkübel abzudecken.

Weitere Diskussionen zum § 11 gab es von **Frau Krischok und Herrn Misch**. So hält Frau Krischok den Absatz 5 des § 11 für übertrieben. **Herr Misch** machte u. a. darauf aufmerksam, dass die legalen Futterstellen, die von Tierschutzvereinen betreut werden, nicht im Umfeld von Kinderspielplätzen eingerichtet werden.

Weitere Diskussionen gab es zum § 16, insbesondere im Zusammenhang mit möglichem Personalwechsel in der Verwaltung.

Dazu äußerten sich **Herr Misch, Herr Kupke und Herr Doege**.

Herr Doege sagte u. a., dass er es als einen schlechten Stil halte, Verwaltungshandeln an entsprechende Personen fest zu machen. Er brachte zum Ausdruck, dass er in den Fraktionen die Gefahrenabwehrverordnung beraten und den erzielten Konsens mit den Tierschutzvereinen ausführlich dargelegt habe.

Herr Zeidler bat um eine Abstimmung mit den Tierschutzvereinen hinsichtlich der Einrichtung von Futterstellen.

Herr Dr. Yousif sprach sich für den Abschluss einer Vereinbarung aus.

Frau Dr. Schwarzer informierte über das stattgefundene Gespräch mit den drei Tierschutzvereinen. So wurde sich u. a. darüber verständigt, dass keine zusätzlichen Vereinbarungen schriftlich fixiert werden. Im Rahmen der jährlich abzuschließenden Kastrationsvereinbarungen werden zu den Futterstellen Aussagen festgeschrieben. Den Vereinen liegen Vorschläge vor, wie das in die Vereinbarung eingearbeitet werden soll.

Herr Wehrich stellte den Änderungsantrag, den § 11, Abs. 5, zu ergänzen mit folgendem Wortlaut:

Ebenfalls vom Verbot ausgenommen ist die Einrichtung von Katzenfutterstellen, die von den Tierschutzvereinen betreut und von der Verwaltung entsprechend bestätigt werden.

Herr Misch sprach sich gegen den Antrag aus und begründete dies.

Herr Dr. Müllers ging ebenfalls auf die Problematik ein und teilte u. a. mit, dass bei berechtigtem öffentlichen Interesse es Ausnahmen gebe. Durch wilde Futterplätze werden Ratten und Ungeziefer angezogen. Er bat darum, den § 11 unverändert zu akzeptieren.

Herr Dr. Fiedler stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion.
Dem wurde mit 6 Ja-Stimmen
zugestimmt.

Dem Änderungsantrag von **Herrn Wehrich** wurde mit

3	Ja-Stimmen
2	Nein-Stimmen
1	Stimmenthaltung

zugestimmt.

Es erfolgte eine Abstimmung zur Gefahrenabwehrverordnung einschließlich der Anträge von Herrn Schiller (Streichung des § 15) und von Herrn Wehrich (Ergänzung des § 11, Absatz (5)).

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen

einstimmig angenommen.

zu 5 Anträge

Protokoll:

Anträge lagen nicht vor.

zu 6 **Anfragen**

Protokoll:

Anfragen gab es nicht.

zu 7 **Beantwortung von Anfragen**

Protokoll:

Hierzu gab es keine Anmerkungen.

zu 8 **Anregungen**

Protokoll:

Anregungen gab es nicht.

zu 9 **Mitteilungen**

Protokoll:

Herr Doege äußerte u. a., dass mit der Marktgebührensatzung das Marktgeschehen auf den Wochenmärkten reguliert werden soll. Gegenwärtig regele sich der Gebührenmaßstab nach der Inanspruchnahme der Platzfläche gemessen an den Frontmetern. Mit der neuen Gebührenordnung werden die jeweiligen Stände und Wagen berechnet nach Quadratmetern. Dieses ist ein gerechterer Gebührenmaßstab, und dabei werden im Wesentlichen die Schirmstände bevorzugt. Des Weiteren erfolgt auch eine preisliche Stimulierung hinsichtlich der unterschiedlichen Inanspruchnahme an den Markttagen. So sind die Konditionen für jene Händler günstiger, die täglich auf dem Markt stehen. Anders sieht es bei den Händlern aus, die nur tageweise die Marktfläche in Anspruch nehmen. Im Ergebnis dessen werden einige Marktstände teilweise deutlich weniger, andere aber auch deutlich mehr finanziell belastet. Das Marktwesen ist ein Betrieb gewerblicher Art, insgesamt bleibt die Stadt beim Gebührenaufkommen neutral.

Herr Kupke äußerte sich zu den Verkaufswagen.

Herr Wagner von der Unteren Naturschutzbehörde ging zunächst in seinen Ausführungen auf das Gutachten der TU Dresden zur Platanenallee Heideallee ein und stellte deren wesentliche Ergebnisse vor. (Das Gutachten wird vom FB 31 den Fraktionsgeschäftsstellen in Papierform übergeben.)

Des Weiteren erläuterte **Herr Wagner** das Pflanzkonzept anhand der den Ausschussmitgliedern übergebenen Unterlagen. Demgemäß erfolgt die Bepflanzung in drei Abschnitten.

Zur Einteilung der Bepflanzung in drei Abschnitten äußerten sich **Herr Dr. Rürüp und Herr Wehrich**. Die Bepflanzung soll 2007 begonnen und 2008 abgeschlossen werden, so **Herr Wagner**.

Zum Vorschlag von **Herrn Doege**, am 06.12.07 keine Ausschusssitzung durchzuführen, gab es keine Einwände.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin